# LINKE Stadtratsfraktion

NEUES AUS DEM RAT DER STADT OSTERHOLZ-SCHARMBECK

www.linksfraktion-ohz.de | Januar 2023 | unabhängig und parteiisch

*„Hier ist Platz für 150 Wohnungen," sagt Investor Koenen. Das sehen viele Menschen in Scharmbeckstotel anders – wie bisher auch die Mehrheit im Rat. Nun führt der Investor „diskrete" Gespräche.*

## Auf ein Wort

*„Unter dem Siegel der Verschwiegenheit" beraten Investor und SPD-Fraktion die weitere Planung Auf der Wulfskuhle. Diese Lobby-Arbeit ist nicht akzeptabel und muss sofort gestoppt werden. Wir brauchen Wohnungen in der Stadt. Wir Ratsmitglieder der LINKEN meinen, eine kommunale Wohnungsbau-Gesellschaft kann das schaffen, öffentlich und transparent – ohne Geheimverhandlungen mit Investoren, die zuerst an den Gewinn denken.*

*Ihr*

Herbert Bednarz

# 150 Wohneinheiten sollen auf dieses Feld?

**Investor Koenen bleibt dabei. Doppelt so viele Wohnungen Auf der Wulfskuhle in Scharmbeckstotel sollen gebaut werden als es im Planungsausschuss diskutiert worden ist. Weil die Ratsmitglieder nicht so wollen, nimmt man sich jetzt die Fraktionen vor.**

Die Öffentlichkeit wurde erstmals im Mai 2022 über das Projekt informiert. Nach längerer Geheimniskrämerei entpuppte sich das Neubauprojekt Wulfskuhle als ein Baugebiet mit bis zu 180 Wohneinheiten. Scharmbeckstotel wüchse auf einen Schlag um bis zu 360 Einwohnerinnen und Einwohner.

Keinen Plan gibt es zur Abwicklung der zusätzlichen 220 Autos, die statistisch mit diesem Bevölkerungszuwachs einhergingen. Kein Plan zu der Frage Kindertagesstätte und Schule. Kein Plan zur Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) über die einzige Buslinie 680 hinaus.

Auch ein von Koenen jetzt der Verwaltung vorgelegter Plan mit bis zu 150 Wohneinheiten dürfte nicht genehmigungsfähig sein. Daraufhin versucht es der Investor mit der Bearbeitung der Stadtratsfraktionen.

Bereits im Herbst 2022 telefonierte er die Fraktionen an. Die Linksfraktion hatte keinen individuellen Gesprächsbedarf. DIE LINKE meint, Projekte dieser Art gehören in die Öffentlichkeit. Andere sahen das anders.

Nun ein neuer Anlauf der besonderen Art der Beteiligung: „Unter dem Siegel der Verschwiegenheit", sagt Scharmbeckstotels Ortsvorsteher Peter Schnaars laut Kreisblatt, habe sich die SPD-Fraktion mit Koenen getroffen, um sich von ihm das Projekt „einmal in Ruhe" vorstellen zu lassen.

## Kalte Duschen verhindert

Die Linksfraktion hat die Entscheidung, Warmwasser in städtischen Sporthallen abzuschalten, kritisiert. In einem Schreiben an die zuständige Dezernentin Bettina Preissner begründet sie ihre Position:

Die Berechnung des Energie-Einsparpotenzials ist überhaupt nicht klar. Uns liegt eine Berechnung vor, nach der der Warmwasseranteil am Gesamtwasserverbrauch einer Sportanlage bei lediglich 40 Prozent liegt. Eine Berechnung dieser Art für städtische Sportanlagen ist aber nötig, um klimapolitisch entscheiden zu können. Die Ausnahme der IGS-Halle wegen des Sportleistungskurses stellt eine Ungleichbehandlung von SchülerInnen anderer Schulen sowie den dort Sport Treibenden dar.

Der Vereinssport darf nach coronabedingten Einschränkungen nicht wegen vermeintlicher Einsparungen behindert werden. Unsere Fraktion spricht sich gegen symbolische Entscheidungen aus, die eher darauf gerichtet sind, die Bevölkerung auf einen Kriegswinter ohne ausreichende Gasversorgung einzustimmen. Die Entscheidung der Stadtverwaltung ist inzwischen gekippt worden.

**Eine Veranstaltung vom FRIEDENSBÜNDNIS OHZ**

**Trotz Ukrainekrieg: Für eine ökologische, militärarme(freie), sozial und global gerechte Zeitenwende**

**Donnerstag, 26. Januar 2023, 19 Uhr, OHZ, Kulturzentrum Kleinbahnhof (KuZ)**

**Vortrag und Diskussion mit Andreas Zumach (Journalist und Autor)**

# Lernhaus im Campus besser ausstatten

**Die Schülerinnen und Schüler im Lernhaus im Campus brauchen dringend Unterstützung. Insbesondere jene, die Förderbedarf haben. Das geht nur mit mehr Personal. Eine zusammengepackte Integrierte Gesamtschule (IGS) bringt es nicht.**

Die Schulleitung des Lernhauses wies schon im Sommer auf die Notlage hin. Nun schlug sie Alarm. Mit der bisherigen Ausstattung könne die Schule den stark gestiegenen Schülerzahlen mit besonderem Förderbedarf nicht mehr gerecht werden. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in Osterholz-Scharmbeck weiter wachsen wird. Ein Gutachten über die Entwicklung der Zahlen wird im Bildungsausschuss am 9. Februar, 17 Uhr, öffentlich diskutiert.

### Sinnvoll: Lernhaus bleibt

Um die Herausforderungen am Lernhaus zu bewältigen, wird auch die Möglichkeit diskutiert, eine gemeinsame IGS zu gründen. Das käme dem Vorschlag der LINKEN, eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum zehnten Schuljahr zu schaffen, nahe. Doch um die Situation im Lernhaus schnellstmöglich zu verbessern, taugt diese Idee nicht. Aktuell würde man so die Notlage nur anders verteilen. Das wäre keine Hilfe für die Schülerinnen und Schüler. Darum würde die Linksfraktion einer Zusammenlegung nicht zustimmen.

Stattdessen muss jetzt sofort das Personal her, um den Förderbedarf abdecken zu können. Das muss gemeinsam mit der Landespolitik erreicht werden.Es kann nicht hingenommen werden, dass nur die Hälfte der notwendigen Lehrkräfte im Lernhaus vorhanden ist, die den Sonderpädagogischen Förderbedarf abdecken kann. Wenn die Landesregierung ihrer Verpflichtung, für eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften zu sorgen, nicht nachkommt, dann kann die Stadt vorläufig in die Bresche springen. Zusätzliches unterstützendes Personal könnte dabei hilfreich sein. Die Linksfraktion will verhindern, dass durch ein Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten den Kindern und Jugendlichen Nachteile entstehen. Eine neue Verteilung der Probleme ist keine Lösung.

Wir brauchen Schulen, die in den nächsten Jahren gut arbeiten können. Dass die Stadt erfolgreiche Schulentwicklung betreiben kann, hat sie mit IGS und Lernhaus gezeigt.

# Inflation: Was tun, wenn das Einkommen nicht mehr reicht?

Die Preise für Erdgas und Strom explodieren. Verbraucher mit einem Vertrag mit den Osterholzer Stadtwerken zahlen mit 14,33 Cent für einen Kubikmeter Gas rund 42 Prozent als noch im Dezember. Bei Strom sieht es nicht anders aus. Der Preis steigt für Kleinverbraucher um 65,5 Prozent auf 39,12 Cent brutto pro Kilowattstunde. Die finanzielle Entlastung durch die Gas- und Strompreisbremse der Bundesregierung wird kaum wirksam.

**Energie-Rechnung unbezahlbar?**

**Was tun?**
**Wenn Sie Fragen haben, kommen Sie vorbei. An jedem ersten Freitag im Monat ab 10 Uhr. Büro Marktplatz 8 in OHZ.**

Was tun, wenn diese Belastungen nicht getragen werden können?

Soll ich meine monatliche Abschlagszahlung ändern, um hohe Nachzahlungen zu vermeiden? Wo finde ich die neuen Preise? Antworten will DIE LINKE an jedem ersten Freitag im Monat ab 10 Uhr in ihrem Büro Marktplatz 8 in Osterholz-Scharmbeck geben. Eine Rechtsberatung wird aber nicht angeboten.

# Tarife: Gutes Geld für gute Arbeit

**Am 23. Januar beginnen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten in den Kommunen und im Bund. Die Einkommen sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro steigen. Auszubildende sollen 200 Euro monatlich mehr bekommen, fordert die Gewerkschaft ver.di.**

Die Linksfraktion unterstützt die Forderung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft. Gute Arbeit in Kindergärten, in der Jugendarbeit und in der Verwaltung gehört gut bezahlt. Der Reallohnverlust im vergangenen Jahr bei einer Inflationsrate von knapp acht Prozent muss ausgeglichen werden.

**Herbert Behrens**
**Fraktionsvorsitzender**

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hatten noch nie so viel zu tun wie heute. Doch es fehlt an Personal für eine wirklich gute öffentliche Verwaltung. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es die Beschäftigten sind, die den Laden am Laufen halten. Es bleibt dabei: Öffentlich, weil wesentlich!

Wir fordern den Arbeitgeberverband KAV auf, konstruktiv und ernsthaft zu verhandeln. Der Bürgermeister der Stadt und auch Landrat Bernd Lütjen als KAV-Präsidiumsmitglied sind in der Pflicht.

# Grundsteuererhöhung abgelehnt

Der Rat hat die Grundsteuer um 22 Prozent erhöht. Die Post von der Stadt ist jetzt da. Der Vorschlag der Linksfraktion, die Grundsteuer nicht anzufassen und stattdessen nach 15 Jahren die Gewerbesteuer deutlich zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Gesetzlich ist die Stadt verpflichtet, die durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fehlenden Einnahmen auszugleichen. Das wäre auch ohne eine Erhöhung der Grundsteuer machbar gewesen. Doch die Ratsmehrheit schlägt sich auf die Seite der wirtschaftlich Stärkeren. Die „einfachen Leute“ sind die Gekniffenen. Dieser Haushalt der Stadt hat eine soziale Schieflage!

*V.i.S.d.P.: DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Osterholz-Scharmbeck, Marktplatz 8, 27711 OHZ, herbert.behrens@linksfraktion-ohz.de*